

Die E-Mail wird fehlerhaft dargestellt? Klicken Sie bitte hier: [Web version](#).



ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen informiert

Bundesrat lässt gravierende Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht passieren

Am 28. Juni hat der [Bundesrat](#) ohne Beanstandung insgesamt acht Gesetzesentwürfe, das sogenannte Migrationspaket, durchgewunken. Insbesondere das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, besser bekannt als Geordnete-Rückkehr-Gesetz, geriet in die Schlagzeilen. Es gab umfassende Kritik von zivilgesellschaftlicher Seite, den einschlägigen Verbänden und dem Deutschen Institut für Menschenrechte. Sogar die Menschenrechtskommissarin des Europarats wandte sich in einem offenen Brief an den Innenausschuss, um vor einer Verabschiedung des Gesetzes zu warnen.

Die Bundesregierung ignorierte die zahlreichen Stellungnahmen und Anpassungsvorschläge weitestgehend und peitschte die Gesetze durch den Bundestag. Die Fristen für die Verbändebeteiligung beliefen sich lediglich auf einen bis drei Tage. In anderen Gesetzgebungsverfahren sind drei Wochen üblich. Bereits seit 2015 ist eine solch knappe Fristsetzung im Aufenthalts- und Asylrecht das gängige Vorgehen. Der [Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. \(RAV\)](#) bezeichnete die Fristsetzung zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz daher vollkommen zurecht als „**unverschämt**“.

Das Netzwerk IQ hat eine [Übersicht über alle Gesetze des Migrationspakets](#) erstellt. Nachfolgend informieren wir über die zentralen Gesetze und ihre wichtigsten Neuerungen bezüglich Flucht und Asyl.

Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung

- Die durch das Integrationsgesetz eingeführte Wohnsitzregelung nach [§ 12a AufenthG](#) sowie die Übergangsvorschrift für die Geltungsdauer einer Verpflichtungserklärung nach [§ 68a AufenthG](#) werden entfristet und damit dauerhaft geltendes Recht.

▶ ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen hat die Wohnsitzauflage schon bei ihrer Einführung als Integrationshindernis kritisiert. Durch die Entfristung werden Schutzberechtigte weiterhin gezwungen sein für drei Jahre an einem ihnen zugewiesenen Ort zu leben.

Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung

- Die **Ausbildungsduldung** bekommt einen eigenen Paragraphen im Aufenthaltsgesetz und wird auf Assistenz und Helferausbildungen ausgeweitet. Neue **Zugangsvoraussetzungen**: darunter eine dreimonatige Vorduldungszeit sowie die Identitätsklärung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nach der Einreise
- Außerdem wird eine **Beschäftigungsduldung** neu eingeführt mit sehr hohen Zugangsvoraussetzungen: Identitätsklärung, 12 Monate Vorduldungszeit, seit mindestens 18 Monaten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer regelmäßigen Arbeitszeit von mindestens 35 Stunden pro Woche, 12 Monate komplette Sicherung des Lebensunterhalts vor Beantragung.
- Für **Menschen aus sicheren Herkunftsländern** wird ein **vollumfängliches Arbeitsverbot** eingeführt, auch wenn kein Asylantrag gestellt wurde.

▶ [Hier](#) gibt es eine Kurzübersicht über die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung.

Zweites Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht

- Es soll eine **staatliche Asylverfahrensberatung** durch das BAMF eingeführt werden.

- Die **Wohnverpflichtung in Aufnahmeeinrichtung** wird auf bis zu **18 Monate** ausgeweitet. In NRW gilt bereits jetzt eine Wohnverpflichtung von bis zu **24 Monaten**.
- **Abschiebehaftründe** werden erweitert, eine Mitwirkungshaft wird neu eingeführt und Abschiebehäftlinge können auch in regulären Gefängnissen untergebracht werden.
- Es wird ein **Status unterhalb der Duldung** für Personen mit ungeklärter Identität eingeführt, an den eine Wohnsitzauflage und ein Beschäftigungsverbot geknüpft ist.
- Menschen, die in anderen EU-Ländern bereits eine Anerkennung haben, sollen künftig nur noch für maximal zwei Wochen **Überbrückungsleistungen** erhalten.

▶ Die Ausweitung der Abschiebe- und Abschiebehaftründe trägt zur Kriminalisierung Geflüchteter bei. Schon jetzt ist **jede zweite Abschiebeinhaftierung rechtswidrig**. Gleiches gilt für die neu eingeführte Duldung für Personen mit ungeklärter Identität (2016 wurde diese übrigens noch vom Bundesrat abgelehnt). Nur zwei Wochen Überbrückungsleistungen zu zahlen, kommt einem „Aushungern“ der Antragsteller*innen gleich.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes

- Die **"Förderungslücke"** bei der Ausbildungsduldung soll mit dem Gesetz geschlossen werden.
- Alleinstehende, die in Sammelunterkünften untergebracht sind, erhalten **geringere Leistungen**.

▶ Ein größtenteils inhaltsgleiches Gesetz zur Änderung des AsylbLG war wegen der sachlich nicht nachvollziehbaren Kürzungen für Alleinstehende am 16. Dezember 2016 am Widerstand der SPD regierten Bundesländer gescheitert. Dieses Mal haben teilweise auch die Grünen zugestimmt. Ein weiteres Zeichen für die Diskursverschiebung nach rechts. ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen lehnt jegliche Leistungskürzungen ab und verweist auf das **Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus 2012**, nach dem die Menschenwürde

aus migrationspolitischen Erwägungen nicht zu relativieren ist.

Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern – Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

- Leistungen der **Ausbildungsförderung** im SGB III sollen von ausländerrechtlichen Zusatzvoraussetzungen wie Aufenthaltsstatus oder Voraufenthaltszeiten entkoppelt werden. Die **berufsbezogene Sprachförderung** (nicht aber der Integrationskurse!) werden für einen größeren Personenkreis mit Aufenthaltsgestattung und Duldung geöffnet. Ausschlaggebend bleibt hier aber die sogenannte „Bleibeperspektive“.

Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

- Die deutsche **Staatsbürgerschaft** kann entzogen werden, wenn man an Kampfhandlungen einer „terroristischen Vereinigung“ teilgenommen hat. Zudem kann die Einbürgerung verweigert werden, wenn eine „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ nicht vorliegt, dies gilt insbesondere, wenn eine Mehrehe vorliegt.
- Die Frist für die Rücknahme von rechtswidrigen Einbürgerungen wird von fünf auf zehn Jahre verlängert.

▶ Die Prüfung der „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ erinnert an die Leitkultur-Debatte der 90er Jahre. Eine solche Klausel öffnet die Tür für Willkür und wird daher von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen abgelehnt. Die Staatsangehörigkeit verkommt zu einer **"Modelliermasse der Sicherheits- und Gesellschaftspolitik"**.

Kurzmeldungen

- Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Integration (ASAGI) der Stadt Essen hat am 2. Juli die Einrichtung des Pilotprojektes „Kommunale Ausreise- und Perspektivberatung“ mit einer Laufzeit bis Ende 2022 **beschlossen**. Im Rahmen des **Projektes** soll unter anderem eine „mobile Flüchtlingshilfe“ eingerichtet werden, die aufsuchend arbeitet. Diese richtet sich nicht nur an ausreisepflichtige

Personen, sondern auch an Menschen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Schutzstatus zugesprochen bekommen haben. In einer [Pressemitteilung](#) kritisieren wir das Vorhaben vor allem, weil es auf falschen Annahmen bezüglich vermeintlicher Rückkehrwünsche von Anerkannten fußt und Geflüchteten unterstellt, nicht integrationswillig zu sein. Auch [die Grünen](#) stehen dem Vorhaben der Stadt kritisch gegenüber.

- Auf der diesjährigen [Innenministerkonferenz](#) rief Horst Seehofer die Bundesländer dazu auf, [nach Afghanistan abzuschieben](#). Zwar halten viele Länder daran fest, nur bestimmte Personengruppen dorthin abzuschieben, einen allgemeinen Abschiebestopp nach Afghanistan gibt es jedoch nicht. Bezogen auf Syrien wurde der Abschiebestopp hingegen auf ein weiteres Jahr verlängert. Der sächsische Innenminister Roland Wöllner (CDU) fordert jedoch, dass auch nach Syrien abgeschoben werden solle. Er wurde von der Organisation "Jugendliche ohne Grenzen" zum [Abschiebeminister 2019](#) gewählt.
- Das Kirchenasyl gerät zunehmend unter Druck. Bis April durfte nur noch in zwei von 145 Fällen das Asylverfahren in Deutschland betrieben werden. Die Betroffenen sollen aufgrund der Dublin-Verordnung gezwungen werden, ihr Asylverfahren unter [menschenunwürdigen Bedingungen in anderen EU-Staaten](#) zu betreiben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) akzeptiert den Schutz der Kirchen nicht mehr. Die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, [kritisiert den massiven Angriff auf das Kirchenasyl](#).
- Zusammen mit [Aufstehen gegen Rassismus](#), der [Seebrücke Essen](#) und vielen weiteren Organisationen haben wir am 6. Juli [gegen die Kriminalisierung der zivilien Seenotrettung und die Rechte Geflüchteter demonstriert](#). Die neu entstandene Essener Lokalgruppe der Seebrücke sucht noch weitere Unterstützer*innen für ihre Aktionen. Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Donnerstag in der Geschäftsstelle von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen.
- [Der Flüchtlingsrat Niedersachsen](#) belegt anhand aktueller Zahlen, wie willkürlich die Entscheidungspraxis in den Asylverfahren europaweit ausfällt. Es ist nicht übertrieben hier von einer europäischen "[Asyllotterie](#)" zu sprechen. Die

Schutzquote für Afghaninnen und Afghanen liegt in Italien beispielsweise bei fast 100 Prozent, in Deutschland hingegen nur bei etwas über 50 Prozent und in Schweden sogar nur bei 33 Prozent.

Termine

- **Demonstration "100 Jahre Abschiebehaft"**

31. August 2019

11:00 Uhr Abschiebehaft Büren, Büren-Stöckerbusch

15:00 Uhr Großdemo Paderborn HBF

Nähere Informationen und Material [hier](#)

- **BAMF-Tagung 2019**

Kritischer Dialog zwischen BAMF, Behörden und Beratung (ehrenamtlich und hauptamtlich)

17. & 18 September 2019

Ev. Tagungsstätte Haus Villigst, Schwerte

Programm und Anmeldung [hier](#)

- **Save the date: Filvorführung "Styx"**

Im Rahmen der interkulturellen Woche

1. Oktober 2019, 20 Uhr

Filmstudio Glückauf (Glückaufhaus)

Rüttenscheider Str. 2

45128 Essen

Klicken Sie hier, um uns zu unterstützen!

facebook



0201/20539



info@proasylessen.de



0201/2200387

*Legal Notice:
Pro Asyl Flüchtlingsrat Essen e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen
Hier vom Newsletter abmelden*